



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Christian Sikora

Dienstag, 3. Juli 2018

Fragestunde für die Gemeinderatssitzung am Donnerstag, 05. Juli 2018

An Herrn Stadtrat Dr. Günter Riegler

Betrifft: Sperren des Hallenbades in der Auster

Sehr geehrter Herr Stadtrat,

Die „Auster“ in Eggenberg ist eine beliebte Badedestination für Wasserratten. Im Internet wird das Auster Sportbad mit seinem 50-Meter-Becken und dem 5-Meter-Sprungturm recht schmackhaft beworben.

Wer besonders gerne schwimmt, besorgt sich daher eine Saisonkarte. Diese kostet für Badegäste der Auster vom 1. 5. bis inklusive 9. 9. 177,10 Euro. Argumentiert wird der im Vergleich zu den Grazer Freibädern höhere Preis damit, dass in der Auster eben das Hallenbad zur Verfügung stehe, das ja auch wetterunabhängig genutzt werden kann.

Bei näherer Betrachtung erweist sich dieses verheißungsvolle Angebot allerdings als recht mangelhaft, werden doch die Bahnen im Sportbad regelmäßig, manchmal bis zu mehrere Tage lang, an die diversen Vereine vermietet.

So waren beispielsweise in der vergangenen Woche das Sportbad und das Lehrschwimmbecken vom Freitag, den 29. 6., 12 Uhr, bis zum Sonntag, den 1. 7., Badeschluss, aufgrund der Steirischen Schwimm-Meisterschaften komplett gesperrt. Auch an den anderen Tagen waren stundenweise alle Bahnen reserviert, unter anderem jeden Nachmittag zwischen 16 und 18 Uhr. Alle Bahnen waren im Verlauf der gesamten Woche überhaupt nur sieben Stunden lang für die Allgemeinheit freigegeben. Da die bewegliche Startbrücke schon seit Monaten kaputt ist und erst im August im Zuge einer Generalsanierung repariert werden soll, ist auch eine teilweise Nutzung der Bahnen ausgeschlossen.

Das ist für die treuen Badegäste sehr ärgerlich. Sie fühlen sich genept und als Kunden zweiter Klasse.

Ich stelle daher an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Frage

Sind Sie bereit, an die Holding Graz Freizeit heranzutreten mit dem Ersuchen, die Kunden der „Auster“ für die – in diesem Sommer besonders umfangreichen - Einschränkungen zu entschädigen, z. B. in Form von Getränkegutscheinen, Ermäßigungen im Restaurant oder anderen Vergünstigungen?



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Christian Sikora

Donnerstag, 05. Juli 2018

**Anfrage
an Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl**

Betrifft: Neues Postamt im Telekom-Haus

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

Wie von der Post angekündigt, werden bis Ende 2019 alle BAWAG-Postpartner gekündigt bzw. die betreffenden Filialen aufgelassen, unter anderem auch die BAWAG-Post-Filiale in der Annenstraße beim Rosseggerhaus.

Vor Jahren wurde das Postamt im Telekomhaus in der Rösselmühlgasse geschlossen. Seitdem stehen die Räumlichkeiten leer. Die nächsten Postfilialen im Umkreis vom Griesplatz befinden sich beim Citypark bzw. am Hauptbahnhof. Die Post plant ja, einige Filialen wieder zu öffnen.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie folgende

Anfrage

Sind Sie bereit, sich dafür einzusetzen und mit dem Vorstand der Post Gespräche aufzunehmen, um die Postfiliale im Telekomhaus wieder zu eröffnen?



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Manfred Eber

Donnerstag, 05. Juli 2018

Antrag

Betrifft: Gedenktafel mit Würdigung von Maria Cäsar

Die 1920 im slowenischen Prevalje geborene Maria Cäsar wurde für ihre Leistungen im Kampf um ein demokratisches Österreich mehrfach ausgezeichnet. Die Bürgerin der Stadt Graz erhielt unter anderem den Menschenrechtspreis sowie das Goldene Ehrenzeichen des Landes Steiermark. Außerdem erhielt sie das goldene Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich.

Nach dem Krieg war sie langjährige Aktivistin im Bund demokratischer Frauen und in der KPÖ. Cäsar wurde von öffentlichen Stellen mehrfach geehrt. Sie war viele Jahre lang steirische Landesvorsitzende des KZ-Verbandes und hielt 2008 eine viel beachtete Rede in der konstituierenden Sitzung des Grazer Gemeinderates:

„Wir erinnern uns auch daran, dass Österreich ausgelöscht worden ist, Österreich wurde nicht mehr als Österreich anerkannt, sondern Österreich wurde zur Ostmark erklärt, ein Teil Deutschlands. [...] Ich erinnere aber auch daran, dass es ein anderes Österreich gegeben hat, ein anderes Österreich, das nein dazu gesagt hat, nein zum Nationalsozialismus, ein anderes Österreich, das die Menschen aufgemuntert hat, auch Widerstand zu leisten.“

– Maria Cäsar: Rede vor dem Grazer Gemeinderat, 13. März 2008

Kurz vor ihrem 97. Geburtstag verstarb Maria Cäsar im September 2017. In der Gemeinderatssitzung vom 16. 11. 2017 wurde der Park am „Grünanger“ in „Maria-Cäsar-Park“ umbenannt.

Es ist aber notwendig und wünschenswert, dass möglichst viele NutzerInnen des Maria-Cäsar-Parks diesen Umstand erfahren.

Daher stelle ich im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen werden ersucht, an einer gut sichtbaren Stelle im Maria-Cäsar-Park eine Gedenktafel/Stele o. ä. mit einer Würdigung der Namensgeberin aufzustellen.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Dipl. Mus. Christine Braunersreuther

Donnerstag, 5. Juli 2018

Antrag

Betrifft: Maßnahmenplan Wiederherstellung Stadtpark

Durch den starken Sturm sind im Stadtpark und am Schloßberg viele, teils unwiederbringliche Schäden entstanden. In der Eile und Dringlichkeit der Aufräumarbeiten ist dabei zum Teil nicht ganz so sensibel vorgegangen worden, wie das in einem Landschaftsschutzgebiet geboten wäre. Dadurch entstandene Schäden sind jetzt jedoch nicht mehr ungeschehen zu machen. Wichtiger ist es, in die Zukunft zu schauen und hier qualitativvoll zu arbeiten.

Stadtpark und Schloßberg sind nämlich nicht nur grüne Lunge von Graz, sondern kulturhistorische (Garten)denkmäler. Baudenkmäler finden sich hier in durchdachter und historisch einzigartiger bepflanzter Umgebung. Dieses Zusammenspiel ist historisch ebenso bedeutend wie touristisch. Ein solches Ensemble darf daher nicht durch schnelle, unbedachte Nachpflanzungen zerstört werden.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

Ein Fachgremium, zusammengesetzt aus Vertreter_innen der Abteilung für Grünraum und Gewässer, dem Naturschutzbeauftragten und externen Expert_innen, beispielsweise Vertreter_innen des Bundesdenkmalamtes, soll einen Maßnahmenplan zur Wiederherstellung von Schloßberg und Stadtpark erstellen, der als Grundlage für die mit der Bepflanzung beauftragten Stellen gilt.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Kurt Luttenberger

Donnerstag, 5. Juli 2018

Antrag

Betrifft: Raschere Auszahlung des Wochengeldes ermöglichen

Das Wochengeld ist eine gewichtige soziale Errungenschaft, um Frauen nach Geburt eines Kindes für acht Wochen (Lohn/Gehaltersatz) materiell einigermaßen abzusichern. Nach Eintrag ins Geburtenregister/Geburtenverzeichnis, konkret beim Standesamt Graz, wird die Geburtsurkunde bei der jeweiligen Krankengasse/GKK eingereicht, die auszahlende/anzuweisende Instanz ist. Leider ist es in Graz aufgrund der zahlreichen Geburten in letzter Zeit immer wieder zu Engpässen gekommen. So beträgt die aktuelle Wartezeit auf die Geburtsurkunde laut Auskunft des Standesamtes etwa vier Wochen. Dies führt zu Auszahlungsverzögerungen beim Wochengeld, welche leider immer wieder Familien bzw. alleinerziehende Frauen in unangenehme und unverschuldete Notsituationen bringen.

Daher sollte eine bessere Personalausstattung beim Grazer BürgerInnenamt angestrebt werden. Ziel sollte es auf jeden Fall sein, eine raschere Auszahlung des Wochengeldes für die betroffenen Mütter zu gewährleisten.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

Die Stadt Graz soll sich für das Anliegen der Mütter einsetzen und eine raschere Ausstellung der Geburtsurkunden ermöglichen. Um dieses Ziel zu erreichen, ohne die Arbeitsbedingungen der derzeit zuständigen MitarbeiterInnen zu verschlechtern, soll es eine Personalaufstockung des BürgerInnenamtes geben.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Christian Sikora

Donnerstag, 05. Juli 2018

Antrag

Betrifft: **Generationenspielplätze**

Vor allem in den Städten sind Konflikte zwischen Jung und Alt vorprogrammiert. Bewegungsdrang und Lärm sind dabei zwei ständig wiederkehrende Themen, die im öffentlichen Raum, aber auch im Wohnumfeld oft die Generationenkonflikte heraufbeschwören. Dabei ist vor allem die Bewegung an der frischen Luft nicht nur wichtig für die Entwicklung junger Menschen, sondern für das körperliche Wohlbefinden aller. Interessant ist da die Idee der Generationenspielplätze, wo ältere Menschen, die Bewegung suchen, aber auch Kinder dank interessanter Spielgeräte ihrem Drang freien Lauf lassen können.

Wenn Kinder und Jugendliche auf Bezirkssportplätzen ihren Bedürfnissen nach Spiel und Sport nachkommen, sind Erwachsene und ältere Menschen aber auch Gehbeeinträchtigte meist nur Zuseher. Ein ausgeklügeltes Konzept des Miteinander-Spielens zeigt jedoch besonders Holland vor. Dort gilt es als selbstverständlich, dass Spielplätze Generationenübergreifend konzipiert und gestaltet werden. Ein Vorteil ist, dass jüngere Kinder während des Spielens von ihren ebenfalls spielenden erwachsenen Begleitern zugleich beaufsichtigt werden können bzw. letztere sich in unmittelbarer Nähe aufhalten, um bei Problemen sofort da zu sein.

Die Realisierung dieser Generationenspielplätze kann auf den Flächen der bereits vorhandenen Bezirkssportplätze – verteilt auf alle Grazer Stadtbezirke – passieren. Mitfinanziert könnten die Spielstätten auch über Fördermittel des Projekts „Audit *familienfreundlichegemeinde*“ werden.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

Der zuständigen Stadtrat Kurt Hohensinner und das Sportamt werden ersucht, die Installierung solcher Generationenspielplätze auf den vorhandenen Bezirkssportplätzen zu prüfen und ehestmöglich umzusetzen.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Christian Sikora

Donnerstag, 05. Juli 2018

Antrag

Betrifft: Jugendzentrum Gries

Die Jugendarbeit in der Stadt Graz ist eine gute und wichtige Sache. Die MitarbeiterInnen von Jugendzentren agieren oft als wichtige oder einzige Ansprechpersonen rund um die Themen Schule, Familie, Lehre, Freundschaften, Sexualität und vieles mehr. Außerdem werden die Zentren beispielsweise genutzt, um Freundschaften zu schließen, um „unter sich“ zu sein oder einfach nur, um Musik zu hören.

Heuer wurden schon drei Jugendzentren in Graz neu errichtet bzw. saniert. Im Bezirk Gries gibt es allerdings kaum Möglichkeiten für Jugendliche, sich in einem geschützten Rahmen zu treffen. Das Jugendzentrum Don Bosco ist für viele zu weit entfernt, um es zu einer ständigen Anlaufstelle zu machen.

Auf dem Gelände der ehemaligen Taggerwerke stehen noch Flächen frei. Da auf und um dieses Gelände sehr viele Initiativen, die das Grätzeln beleben, schon vorhanden sind, würde sich der Standort sehr gut für ein Jugendzentrum eignen. Der Umstand würde auch die Suche nach einem Träger erleichtern würde. Alternativ würde sich im Bereich der Karlauerstraße das leerstehende Gebäude am Areal des ehemaligen Billa anbieten. Die Fläche ist für die Aktivitäten eines Jugendzentrums ausreichend, hinter dem Gebäude besteht die Möglichkeit, auf dem Asphaltplatz Fußball zu spielen oder auch einfach nur im Schatten auf den Bankerl zusammensitzen.

Deshalb stelle ich folgenden

Antrag

Der zuständigen Stadtrat Kurt Hohensinner und das Amt für Jugend und Familie werden ersucht, sich dafür einzusetzen, dass sehr bald ein Jugendzentrum im Bezirk Gries – beispielsweise an einer der oben genannten Örtlichkeiten – errichtet wird.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Sigrid Zitek

Donnerstag, 05. Juli 2018

Antrag

Betrifft: Hundewiese im Josef Huber-Park

Die Flächen, auf der HundebesitzerInnen ihre Vierbeiner frei – also ohne Leine – laufen lassen können, sind in Graz rar. Nicht zuletzt deshalb kommt es oft zur Missachtung der gesetzlich vorgeschriebenen Leinenpflicht. Das wiederum führt immer wieder zu Konflikten zwischen HundehalterInnen und besorgten Eltern mit ihren Kindern, RadfahrerInnen und anderen.

Im Josef Huber-Park gibt es eine ausgewiesene Hundezone. Grundsätzlich gilt für nicht eingezäunte Hundezonen die Leinenpflicht. Trotzdem laufen viele Hunde immer wieder ohne Leine auf dem Spielplatz herum. Daher wäre eine Einzäunung der Hundewiese im Sinne aller Beteiligten (Eltern, Kinder, Hundebesitzer und Hunde) an diesem Standort sinnvoll.

Ich stelle deshalb folgenden

Antrag

Die zuständige Abteilung der Stadt Graz wird gebeten, im Josef Huber-Park die „Hundezone“ in eine „eingezäunte Hundewiese“ umzuwandeln.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Elke Heinrichs

Donnerstag, 05. Juli 2018

Antrag zur dringlichen Behandlung
(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Betrifft: Petition an den Bundesgesetzgeber zur Schaffung von gesetzlichen Grundlagen für die Einführung eines verpflichtenden Pfandsystems für Einweg- PET- und Glasflaschen sowie für Aluminiumdosen

Das Problem der Unmengen von Plastikmüll aller Art in Flüssen, Weltmeeren und an den Küsten wird uns seit Jahren vor Augen geführt. Auch das Mikroplastikproblem ist im Steigen begriffen. Umweltorganisationen warnen vor den mehr als bedenklichen Folgen dieser Missstände, die WHO warnt mittlerweile vor dem Konsum von Meeresfischen.

Grundsätzlich gilt für das europäische wie österreichische Abfallrecht:

Vermeidung, Wiederverwertung, stoffliche Verwertung, energetische Verwertung, Abfallentsorgung.

Bereits 2015 wurde auf EU-Ebene ein Aktionsplan zur „Circular Economy“ gestartet. Ein entsprechendes EU-Abfallwirtschaftspaket ist mit 22. Mai 2018 beschlossen. Es gilt eine zweijährige Übergangsfrist für die Mitgliedsstaaten.

Das bedeutet für Österreich allerdings Handlungsbedarf, denn Österreich hat derzeit noch keine umfassenden Programme (Rechtsvorschriften, Strategien und Maßnahmen), um den Schritt von der bisherig linearen Abfallwirtschaft hin zur Kreislaufwirtschaft erfolgreich bewältigen zu können.

Dankenswerter Weise hat das Grazer Umweltamt (Referat für Abfallwirtschaftscontrolling) schon seit längerem einen umfangreichen Maßnahmenkatalog erstellt. Es gibt aktuelle Überlegungen von Papierkorbanalysen zur Überprüfung des Verbrauchs von Einwegbechern bis zum Mehrwegbecherpfandsystem. Den Verbrauch von Plastiksackerln zu reduzieren, ist geplant.

Der obersten Priorität, nämlich der Abfallvermeidung, steht der stark angestiegene Anteil von Einweg-Getränkeverpackungen in Österreich entgegen. Dreiviertel der in Österreich erhältlichen Getränke werden in Einwegverpackungen angeboten. Laut ARA (Altstoff Recycling Austria) gelangen in der Steiermark nur 40% der Leichtverpackungen aus den gelben Tonnen zur Wiederverwertung. 60% werden verbrannt. Ca. 500 Mill. Einwegflaschen werden derzeit verbrannt oder gar nicht wiederverwertet. Zahllose Getränkeflaschen landen im Restmüll oder in der Umgebung.

Jeglicher Kritik dem Mehrwegbehältnissystem gegenüber steht die Tatsache, dass Mehrwegflaschen eine ökologisch wie wirtschaftlich bessere Bilanz darstellen.

Wird eine Ein-Liter-Einwegflasche aus Plastik hergestellt, fallen rund 55 Gramm mehr CO₂-Emissionen an, als wenn eine Glasflasche wieder befüllt wird. Mehrwegflaschen aus Kunststoff können rund 20-mal wieder befüllt werden, solche aus Glas sogar 40-mal. Mehrwegflaschen fördern regionale Wirtschaftskreisläufe und sichern Arbeitsplätze! Auch das Umweltbundesamt empfiehlt grundsätzlich regional abgefüllte Mehrwegflaschen, die Logistik dazu ist auch in der Regel regional organisiert.

Damit Verwertung und Wiederverwertung gut abgewickelt werden können, muss natürlich die Sammlung und das Sortieren der diversen Gebinde möglichst optimal funktionieren. Das Sammeln über Pfandsysteme stellt dabei – wie in Deutschland seit Jahren deutlich sichtbar – eine sehr wirkungsvolle Methode dar.

Seit 2003 besteht in Deutschland die gesetzliche Pflicht für alle Einweg-Getränkeverpackungen. Auch in Schweden, Finnland, Norwegen, Estland, Litauen und Kroatien gibt es diesbezügliche Pfandsysteme, seit Februar 2018 erwägt Frankreich ebenso das Pfand auf Dosen und Plastikflaschen.

Von einem Rückgabesystem gegen Vermüllung der Umwelt wie in Deutschland ist Österreich aber noch weit entfernt.

In Deutschland bezahlt man zunächst etwas mehr für das Getränk, erhält dann 25 Cent an Pfand zurück. 98,5 % an Einweggebinden und 99,5% an Mehrwegflaschen gelangen retour. 20 internationale Studien weisen positive Nettoeffekte von Pfandsystemen auf öffentliche Budgets aus. Die ARA rechnet bei Einführung auch für Österreich mit einer Rücklaufquote von 90 % an Plastikflaschen.

Sehr wohl gibt es in Österreich mit Beginn 2010, und weiters aus den Jahren 2013, 2015, 2016, 2017 Initiativen zum komplexen Thema. Bereits aus 2002 existiert ein Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes „Für den Erhalt und Ausbau von Verpackungsmehrwegsystemen“.

Die „freiwillige Selbstverpflichtung“ (freiwillige Vereinbarung des vormaligen Umweltministers mit Handel und Getränkewirtschaft in der Gesetzgebungsperiode 2013 bis 2017) ist allerdings leider gescheitert. Die Mehrwegsysteme sind seit 1990 Jahren stark rückläufig.

Laut Umfragen über Handel und Konsumententrends ist die Nachhaltigkeit den österreichischen Konsumenten und Konsumentinnen zunehmend ein wesentliches Anliegen. Es müssen daher dementsprechend umweltschonende Produkte auch angeboten werden. Verpflichtende gesetzliche Maßnahmen sind längst erforderlich.

Im Sinne einer gesunden, intakten Umwelt, und damit gehobene Lebensqualität auch für unsere Nachkommen in Stadt und Land gewährleistet ist, stelle ich daher im Namen der KPÖ Gemeinderatsfraktion folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Der Gemeinderat der Stadt Graz beschließt folgende Petition:

Der Bundesgesetzgeber wird ersucht, die gesetzlichen Voraussetzungen für die Einführung eines verpflichtenden Pfandsystems auf Einwegflaschen aus PET und Glas sowie für Aluminiumdosen zu schaffen und somit den Einsatz von Mehrwegflaschen zu fördern.



KPÖ-Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Mag.a Uli Taberhofer

Donnerstag, 05. Juli 2018

Antrag zur dringlichen Behandlung
(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Betrifft: Lösungsfindung zur Beseitigung der Ungleichbehandlung bei der Anspruchsberechtigung auf die SozialCard bei Menschen mit geringem Einkommen

Im Oktober 2012 wurde die lange Zeit von der KPÖ geforderte SozialCard in Graz realisiert, mit dem Ziel, jene Teile der Bevölkerung zu unterstützen, die unter wirtschaftlich schwierigen Umständen leben müssen und damit Gefahr laufen, gesellschaftlich isoliert zu werden.

Folgendes Fallbeispiel zeigt jedoch auf, dass die festgelegten Kriterien der Stadt Graz zur Anspruchsberechtigung einer SozialCard zu eng gesetzt sind. So erhält eine Frau, die von ihrem niedrigen Erwerbseinkommen lebt, das unter der vorgegebenen Einkommensgrenze von 1.018 Euro liegt, keine SozialCard, weil sie keine GIS-Gebührenbefreiung vorlegen kann. Denn die Bestimmungen der Stadt Graz sehen nämlich vor, dass Personen dann nicht anspruchsberechtigt sind, wenn sie trotz eines aufrechten Dienstverhältnisses zwar unter der Einkommensgrenze der GIS sind, jedoch keine GIS-Gebührenbefreiung besitzen. Diese Koppelung an die GIS-Gebührenbefreiung führt somit zur Benachteiligung dieser Frau, die trotz ihres Erwerbseinkommens keine Unterstützung erhält. Sie ist somit ein Beispiel für eine massive Ungleichbehandlung von Menschen mit geringem Einkommen.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung
(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Die zuständigen Stellen werden gebeten, Lösungen zu suchen, die es berufstätigen Grazerinnen und Grazern mit einem niedrigeren Erwerbseinkommen von 1.018 Euro ermöglichen, die SozialCard der Stadt Graz in Anspruch nehmen zu können.